idw - Informationsdienst Wissenschaft
Nachrichten, Termine, Experten

Pressemitteilung

Wissenschaftsrat
Dr. Christiane Kling-Mathey

11.07.2011
http://idw-online.de/de/news432589

Wissenschaftspolitik
fachunabhängig
überregional

Wissenschaftsrat zur Studienplatzvergabe - Dialogorientiertes Verfahren unverzichtbar

Die Startverschiebung des Dialogorientierten Serviceverfahrens zur Studienplatzvergabe ist für Studienbewerberinnen und –bewerber sowie für die Hochschulen mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Der Wissenschaftsrat beobachtet diese auf technische Schwierigkeiten zurückzuführende Entwicklung mit Sorge. In stark nachgefragten Studiengängen drohen Studienplätze unbesetzt zu bleiben, obwohl gerade in diesem Jahr erneut ein Studienanfängerrekord erwartet wird.

Deshalb muss jetzt kurzfristig eine pragmatische Zwischenlösung gefunden werden. Ab dem kommenden Jahr allerdings ist eine funktionierende bundesweite Koordination der Studienbewerbungen unverzichtbar.

„Studienplätze sind wertvoll", betont der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professor Wolfgang Marquardt. „Wir können es uns nicht leisten, talentierte junge Menschen vor den Toren der Hochschulen zu lassen, auch wenn die Zulassung kompliziert ist." Im Wintersemester 2010/11 konnten nach Angaben der Kultusministerkonferenz wegen einer fehlenden Abstimmung der lokalen Zulassungsverfahren rund 17.000 Studienplätze nicht besetzt werden, dies waren 5 Prozent der Studienplätze in zulassungsbeschränkten Studiengängen. Bezogen auf die Gesamtzahl der Studienanfängerinnen und –anfänger in allen Studiengängen waren dies rund 3 Prozent.

Gegenwärtig liegt das Hauptproblem in der Kommunikation der zentralen Software mit den lokalen Systemen an den Hochschulen. Zudem sind Fragen der Finanzierung nach Auslaufen der Anschubfinanzierung durch den Bund zwischen Ländern und Hochschulen ungeklärt.

Der Wissenschaftsrat wirbt eindringlich für das Dialogorientierte Serviceverfahren. „Die bedauerlichen Startschwierigkeiten dürfen nicht zum Scheitern des Gesamtvorhabens führen", sagt Marquardt. „Das Verfahren erlaubt es Hochschulen wie Studierenden, eine Wahl zu treffen. Damit erfüllt es eine Funktion, die wir im Hochschulsystem brauchen. Über den gegenwärtigen Problemen dürfen wir das eigentliche Ziel nicht aus den Augen verlieren." Der Wissenschaftsrat ruft die Hochschulen dazu auf, trotz der bestehenden Schwierigkeiten weiter konstruktiv an dem Vorhaben mitzuwirken.

"Wir beteiligen uns nicht an Schuldzuweisungen", sagt Wolfgang Marquardt. „Der Wissenschaftsrat möchte vielmehr die Bedeutung des Verfahrens für alle Beteiligten in Erinnerung rufen und dafür werben, dass jeder sich auf seinen Beitrag zum Gelingen konzentriert, damit die Zulassungssoftware auf jeden Fall im nächsten Jahr voll funktionsfähig und flächendeckend zur Verfügung steht."

Aus Sicht des Wissenschaftsrates ist einer der entscheidenden erfolgskritischen Faktoren die Solidarität aller Hochschulen. Einzig ihre flächendeckende Beteiligung am koordinierten Serviceverfahren kann dessen Erfolg garantieren. Hochschulen wie Bewerberinnen und Bewerber gleichermaßen können den Studienbeginn nur dann vernünftig planen, wenn Informationen über den Stand von Zu- und Absagen über das System zugänglich sind. Der

Wissenschaftsrat ruft daher alle Hochschulen auf, sich am Dialogorientierten Serviceverfahren zu beteiligen. Die Forderung richtet sich gleichermaßen an diejenigen Hochschulen, die auch schon bisher aus dem Kreis der besten Bewerberinnen und Bewerber ihre Studienanfänger wählen können, als auch an kleine Hochschulen mit vorwiegend regionaler Rekrutierung. Die Länder sollten nachdrücklich auf die Beteiligung sämtlicher Hochschulen an dem neuen Serviceverfahren hinarbeiten.

In einer Situation, in der demographische Entwicklungen über kurz oder lang dazu führen werden, dass die Hochschulen sich um die Studierenden werden bemühen müssen, ist die Zulassungsplattform zudem ein Informationsinstrument, auf das die Hochschulen nicht leichtfertig verzichten sollten.

„Den Erfolg des neuen Serviceverfahrens sind Hochschulen und Politik vor allem den jungen Menschen schuldig, die studieren möchten“, sagt Marquardt. „Allerdings muss die Beteiligung der Hochschulen unter Bedingungen erfolgen, die für sie – technisch und finanziell – akzeptabel und tragbar sind.“